

Stuttgart, 03.12.2010

Klinikum Stuttgart
Jahresabschluss 31.12.2009

Beschlußvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Krankenhausausschuss	Vorberatung	nicht öffentlich	10.12.2010
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	16.12.2010

Beschlußantrag:

1. Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 in der vorgelegten Form fest.
 - 1.1 Bilanzsumme
666.941.970,05 €
 - 1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf
 - das Anlagevermögen
477.226.863,67 €
 - das Umlaufvermögen
164.349.046,53 €
 - Ausgleichsposten nach dem KHG
25.075.999,00 €
 - Rechnungsabgrenzungsposten
290.060,85 €
 - 1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf
 - das Eigenkapital
64.411.009,61 €
 - Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung
des Sachanlagevermögens

351.832.140,35 €

- die Rückstellungen
104.505.000,00 €
(davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
11.450.000,00 €)

- die Verbindlichkeiten
142.301.499,42 €
- Ausgleichsposten aus Darlehensförderung
3.876.370,67 €
- Rechnungsabgrenzungsposten
15.950,00 €

1.2 Bilanzverlust

8.940.003,52 €

1.3 Gewinn- und Verlustrechnung

1.3.1 Summe der Erträge

604.583.617,32 €

1.3.2 Summe der Aufwendungen

613.523.620,84 €

1.3.3 Jahresfehlbetrag

8.940.003,52 €

1.3.4 Entnahme aus Rücklagen (nicht erwirtschaftete Abschreibungen)

6.539.388,35 €

1.3.7 Entnahme aus Rücklagen

2.400.615,17 €

1.4 Gemäß § 2 Abs. 4 Eigenbetriebsverordnung werden

Mittel in Höhe von

16.262.551,17 €

aus dem Vermögensplan in das Wirtschaftsjahr 2010
übertragen.

2. Die Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2009 entlastet.

3. Der Gewährung eines Zuschusses zur Finanzierung der Unterdeckung von Ausbildungsstätten (GRDRs 1059/2005) in Höhe von 1 Mio. EUR für das Jahr 2009 sowie der Leistung von Abschlagszahlungen im Rahmen der im

Haushalt bereitgestellten Mittel wird zugestimmt.

- 4 Zur Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2010 wird Dr. Rödl Stuttgart GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, bestimmt. Der Auftrag beinhaltet auch die Prüfung der Mittelverwendung im Rahmen des bei der BWKG geführten Ausbildungsfonds gem. § 17 a KHG.

Begründung:

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31.12.2009 wurde von Dr. Rödl Stuttgart GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Auf die Kennzahlen und Hinweise der Wirtschaftsprüfer im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2009, der den Mitgliedern des Krankenhausausschusses sowie den Fraktionsvorsitzenden mit Schreiben vom 12.07.2010 zugestellt wurde, wird verwiesen.

Die Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 erfolgte am 02.04.2009 (GRDrs. 169/2009).

Der Auftrag an die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft umfasste auch die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung). Der Bericht über die Prüfung ist in Form einer Anlage dem Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beigelegt.

Seit 01.01.2006 erfolgt die Finanzierung der Ausbildungsstätten und der Mehrkosten der Ausbildungsvergütung für die Ausbildungsberufe gemäß § 2 Nr. 1a KHG über einen bei der BWKG zu führenden Ausbildungsfonds (§ 17 a KHG). Die zweckgebundene Verwendung muss gem. §17 a (7) KHG vom Krankenhausträger für die Budgetverhandlungen nach Absatz 3 durch eine vom Jahresabschlussprüfer bestätigte Aufstellung für das abgelaufene Jahr nachgewiesen werden (vgl. Anl. 4).

Zusätzlich hatte der Gemeinderat am 24.11.2005 (GRDrs. 1059/2005) im Rahmen des Plans zur wirtschaftlichen Sanierung des Klinikums genehmigt, für die vorhandenen Ausbildungsstätten einen Ertragszuschuss bis zur maximalen Höhe des verbleibenden Defizits zu leisten. Es wurde von einem Betrag in Höhe von 1 Mio. EUR ausgegangen, mit der Maßgabe, die Höhe des Ertragszuschusses jährlich vom Gemeinderat festzulegen.

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Prüfbericht zum Jahresabschluss 2009 mit Datum vom 26.11.2010 Herrn Oberbürgermeister zugeleitet. Gegen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 des Eigenbetriebs Klinikum

Stuttgart und die Entlastung der Gesamtbetriebsleitung für den Zeitraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 werden keine Bedenken erhoben. Der vollständige Wortlaut des Prüfberichtes wurde den Mitgliedern des Krankenhausausschusses mit Schreiben vom 01.12.2010 übersandt. Deckblatt und Prüfungsergebnis sind dieser Vorlage beigelegt.

Geschäftsführung im Wirtschaftsjahr 2009: Dr. Ralf-Michael Schmitz.

Finanzielle Auswirkungen

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 8.940 TEUR konnte im Vergleich zum Vorjahr (11.913 TEUR) um 2.973 TEUR reduziert werden. Dies entspricht einer Verbesserung von 25,0%.

Folgende Sachverhalte haben das Jahresergebnis wesentlich beeinflusst:

Die **stationären Erträge** liegen mit 15 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau. Im Bereich der BPfIV konnte mit 1,3 Mio. EUR die PsychPV neben der Veränderungs- und der Erhöhungsrage umgesetzt werden. Darüber hinaus führten die unterjährigen Auswirkungen der krankenhauplanerischen Maßnahmen Geronto-Psychiatrie und Tagesklinik Psychooamtik/Psychotherapie zu einer Budgeterhöhung von 1 Mio. EUR. Im Bereich KHEntgG wurde der letzte Konvergenzschritt durch den allerletzten Zuschlag zur Verlängerung der Konvergenz abgemildert. Neben der gesetzlich vorgeschriebenen Veränderungsrate führte im Jahr 2009 die Tarifberichtigungsrage zu einer deutlichen Erhöhung des landesweiten Basisfallwerts. Diese wurde allerdings durch den so genannten Degressionseffekt (nur anteilige Finanzierung von Case-Mix-Steigerungen im landesweiten Basisfallwert) wieder

annähernd auf die normale Veränderungsrate mit 1,41% zurückgeworfen. Hausindividuell konnten Mehrleistungen Budget erhöhend vereinbart werden, welche allerdings gesetzeskonform mit einem individuellen Abschlag (i.H.v. 23%) ertragswirksam wurden. Darüber hinaus konnten auch im Bereich der Zusatzentgelte, der sog. Neuen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden (NUB) und der sonstigen Entgelte Budgetsteigerungen realisiert werden.

Die **Erlöse aus Walleistungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Mio. EUR auf rund 14,4 Mio. EUR. Dies ist sowohl auf die gestiegene Zahl an Chefärzten mit Neuverträgen (Liquidationsrecht beim Klinikum Stuttgart) als auch auf Leistungssteigerungen bei den wahlärztlichen Leistungen und Mehrerlösen aus Zuschlägen für Unterkunft zurückzuführen.

Die **ambulanten Erträge** wurden um 2,8 Mio. EUR auf 24,9 Mio. EUR gesteigert. Dies resultiert überwiegend aus Ertragssteigerungen der Chefarztambulanzen (Neuverträge) und hier vor allem aus den Privatambulanzen. Weitere Ertragssteigerungen konnten durch zusätzliche Leistungen der Psychiatrischen Institutsambulanz und aus Leistungen für ausländische Patienten erzielt werden.

Die **Erstattungen der Ärzte** reduzierten sich durch ausscheidende Chefärzte mit Altverträgen und damit verbundenen Rückgängen bei den Nutzungsentgelten und Kostenerstattungen um 3,1 Mio. EUR auf 17,2 Mio. EUR.

Der **Personalaufwand** (inkl. Berücksichtigung von Rückstellungsanpassungen, wie Altersvorsorge-, Urlaubs- und Beihilfeverpflichtungen) stieg gegenüber dem Vorjahr um 7,1 % auf 290,8 Mio. EUR. Davon entfallen ca. 4% auf tarifliche Auswirkungen. Der Rest ist auf die Erhöhung der Zahl der Vollkräfte (VK) von 4.733,20 VK auf 4.830,23 VK zurückzuführen. Zwar wurde im Rahmen der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sanierung in den „patientenfernen Bereichen“ weiter Personal abgebaut, dagegen wurden in den klinischen Dienststellen Budgetaufstockungen vereinbart, die an Leistungssteigerungen - und damit Erlössteigerungen – geknüpft oder für neue Einrichtungen sind.

Der **Materialaufwand** setzt sich aus Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren mit 86.713 TEUR (im Vorjahr: 81.567 TEUR) und aus bezogenen Leistungen in Höhe von 10.394 TEUR (im Vorjahr: 10.081 TEUR) zusammen. Die Erhöhung des Materialaufwands resultiert vor allem aus Mehraufwendungen für den medizinischen Bedarf und für Lebensmittel sowie aus Kostensteigerungen für Wasser und Energie. Der medizinische Bedarf erhöhte sich trotz Realisierung von Einsparungen (u.a. Ergebnisse von Preisverhandlungen mit Lieferanten) durch Leistungssteigerungen in einzelnen Bereichen und durch neue Behandlungsmethoden, denen Mehrerlöse im stationären Bereich (DRG-Bereich, Zusatzentgelte, NUB-Entgelte) und im ambulanten Bereich sowie aus der Blutzentrale und der Apotheke gegenüberstehen.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden rd. 22,8 Mio. EUR (im Vorjahr ca. 15 Mio. EUR) für **Instandhaltungen und Wartungen** aufgewendet.

Weiterhin wurden 6,29 Mio. EUR in die IT-Ausstattung des Klinikums investiert. Der

Großteil floss in Ersatzbeschaffungen wie den Austausch von Geräten und ein Enterprise-Rahmenvertrag mit der Fa. Microsoft zur stetigen Aktualisierung der Software. Weitere Investitionen waren die Reorganisation der Infrastruktur (Server, Datenspeichersysteme, TK-Anlage), RIS/PACS Konsolidierungsmaßnahmen und die Einführung des Personalsystems SAP-HCM. Die Investition in medizinische Geräte beträgt rd. 7,5 Mio. EUR.

Das Klinikum erhielt von der Stadt als Krankenhausträger Zuschüsse in Höhe von 1.000 TEUR für die Ausbildungsstätten, 3.018 TEUR für die Beamtenversorgung, 396 TEUR für 8 Stellen in der Psychiatrie sowie 1.727 TEUR für Bauzeitinsen im Rahmen der Baumaßnahmen des strukturellen Rahmenplanes.

Für die Kindertagesstätten des Klinikums erstattete die Stadt 888 TEUR im Rahmen der allgemeinen Förderung für Betriebskindergärten. Darüber hinaus erhielt das Klinikum für die Aufgabenwahrnehmung für die Stadt im Bereich der Drogenberatung weitere 1.772 TEUR.

Beteiligte Stellen

Das Referat WFB hat der Vorlage zugestimmt

Vorliegende Anträge/Anfragen

entfällt

Erledigte Anträge/Anfragen

entfällt

Klaus-Peter Murawski
Bürgermeister

Anlagen

- Anlage 1: Testatsexemplar des WP bestehend aus:
- Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009
 - Bilanz zum 31.12.2009,
 - Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009,
 - Anhang für das Geschäftsjahr 2009,
 - Bericht über die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz
- zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009
- Anlage 2 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 durch das Rechnungsprüfungsamt (Deckblatt, Prüfungsergebnis)
- Anlage 3: Wirtschaftsplanabrechnung 2009
- Anlage 4: Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers zum Ausbildungsbudget



Anlage 2 zu Drs. 893_2010 - Bericht örtl. RPA-Prf. zum 31.12.09.pdf



Anlage 1 zu GRDRs 893_2010 - Lagebericht 2009.pdf



Anlage-4_Ausbildungsstätten-Testat.pdf



Anlage-3_EP-Abr_VP-Abr_HH-Reste.pdf